



Argumentations- und Positionspapier zur Machbarkeitsstudie der Finanzierung der Vorschläge der Borchert-Kommission

Bundesministerin Julia Klöckner hat am 2. März 2021 eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, in der untersucht wird, wie bessere Standards bei der Nutztierhaltung finanziert werden können. Das deutsche Fleischerhandwerk begrüßt grundsätzlich alle Maßnahmen, die eine bestmögliche Tierhaltung sicherstellen und fördern. Allerdings gibt es derzeit viele offene Fragen. In der tatsächlichen Ausgestaltung liegen zudem viele Gefahren, die dazu führen können, dass die Ziele nicht erreicht, sondern sogar behindert werden.

Es darf nicht übersehen werden, dass sich die vorgelegte Machbarkeitsstudie ganz vorwiegend mit der Frage beschäftigt, wie eine bessere Tierhaltung finanziert werden kann. Diese Frage steht aber nicht am Anfang. Viel wichtiger ist es, einen gesellschaftlichen Konsens darüber herzustellen, wie Nutztierhaltung künftig gestaltet sein soll. Dieser Konsens ist nach wie vor nicht erreicht.

Offene Fragen

Zum gesellschaftlichen Konsens:

- Welche Faktoren sollen in eine bessere Tierhaltung Eingang finden (Fläche, Auslauf, Boden, Beschäftigungsmöglichkeiten, klimatische Haltungsbedingungen, Dauer des Transports etc.)? Welche Regelungen lassen sich besser durch gesetzliche Vorgaben umsetzen? Werden die jetzigen Tierschutzvorschriften überhaupt ausreichend kontrolliert?
- Die Gesellschaft muss auch die Frage beantworten, was Fleisch kosten darf, also auch mit Sozialpolitikern muss ein Konsens gefunden werden. Ist es gewollt, höchste Standards zu setzen, die dann dazu führen, dass Fleisch und Fleischerzeugnisse schwerer erschwinglich sind? Wird akzeptiert, dass Fleisch teurer wird? Droht im Extremfall die Debatte um Fleisch als Luxusgut für Reiche?

Zur konkreten Umsetzung:

- Wie wird das notwendige Geld erhoben? Welches Finanzierungsmodell wird ausgewählt?
- Wie sehen Detailregelungen aus? Wie werden zum Beispiel Fertiggerichte mit Fleischanteil belastet?
- Wie wird kontrolliert? Wie wird verhindert, dass sich Einzelne entziehen?
- Wieviel Bürokratie und Dokumentation löst das aus? Wieviel von dem erhobenen Geld muss für diese Kontrolle ausgegeben werden und kommt den Tieren dann gar nicht zugute?
- Wie wird das gesammelte Geld an die Landwirte verteilt? Wie werden die einzelnen Maßnahmen bewertet? Wie wird eine gerechte Verteilung sichergestellt? Wie wird nachgewiesen, dass die Maßnahmen auch durchgeführt wurden? Wer kontrolliert das? Was kostet das?

Grundsätzliche Positionen und Forderungen des Fleischerhandwerks

- Alle Maßnahmen müssen so gestaltet werden, dass regionale Strukturen nicht benachteiligt, sondern im Idealfall gefördert werden. Diese regionalen Kreisläufe setzen schon heute einen deutlich besseren Tierhaltungsstandard. Das darf keinesfalls gefährdet werden.
- Auch dort, wo schon heute bessere Standards eingehalten werden, müssen die Förderungen greifen, da sonst diejenigen, die schon heute teurer produzieren, benachteiligt werden.
- Das schließlich gewählte Finanzierungsmodell darf nicht diejenigen bestrafen, die heute zu besseren Standards arbeiten. Eine Mehrwertsteuererhöhung scheidet damit aus, denn die Preisspanne von hochwertiger und extrem billiger Ware würde sich dadurch noch vergrößern.
- Der bürokratische Aufwand muss so gering wie möglich gehalten werden. Insbesondere auch für Handwerksbetriebe und für bäuerlich geführte Höfe muss das alles leistbar bleiben, ansonsten wird hier ein weiterer Punkt in Richtung Konzentration und Industrialisierung gesetzt.
- Es muss anerkannt werden, dass das Fleischerhandwerk schon heute für höhere Standards steht und den bäuerlichen Betrieben in den meisten Fällen höhere Preise zahlt.
- Bis zu einer möglichen Einführung eines solchen Umverteilungssystems muss gelten: Die Verbraucher müssen stärker sensibilisiert werden. Die Konsumenten sollten im Fachgeschäft nachfragen und dort auf schon jetzt bestehende bessere, aber vielleicht auch etwas teurere Alternativen achten.